

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			2. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 01.10.2015	Sitzungsbeginn: 14.30 Uhr	Sitzungsende: 14.55 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Dr. Dr. Buhlert			

Dr. Dr. Buhlert begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

TOP 1:

Die Deputation beschließt folgende Tagesordnung.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 10.09.2015
TOP 3	„Entfristung der Verordnung über die pauschale Förderung nach § 11 Abs. 9 des Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes“
TOP 4	Verschiedenes

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 10.09.2015
<p>Der Vorsitzende trägt den Änderungswunsch der Abgeordneten Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen) vor:</p> <p>Streichung der Sätze auf S. 6 oben: „Ob jedoch die Entscheidung darüber welches Institut im weiteren Verfahren bei der Umsetzung dieser politischen Entscheidung tätig wird, weiterhin eine politische durch die Deputation zu treffende Entscheidung sei, bezweifle sie. Es sei doch eher eine Entscheidung, die durch die Verwaltung zu treffen ist und einzig durch entsprechende Bewertungskriterien überprüfbar sein muss.“</p> <p>Ersetzen durch: „Die Verwaltungsentscheidung welches Institut im weiteren Verfahren bei der Umsetzung dieser politischen Entscheidung tätig wird, muss für die Deputierten an Hand von Bewertungskriterien plausibel und überprüfbar sein.“</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 10.09.2015 in der geänderten Fassung zu.</p>	

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz	Sitzung am: 01.10.2015	Protokoll-Seite: 2
---	-----------------------------------	-------------------------------

TOP 3	„Entfristung der Verordnung über die pauschale Förderung nach § 11 Abs. 9 des Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes“ (Vorlage L-18-19)
--------------	---

Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die pauschale Förderung nach § 11 Abs. 9 des Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes und deren Veröffentlichung im Bremischen Gesetzblatt zu.

TOP 4	Verschiedenes
--------------	----------------------

Herr Bensch (CDU) regt an, künftig dauerhaft einen TOP gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen auf der Tagesordnung der Deputationssitzung zu etablieren. Die Deputation begrüßt den Vorschlag und bittet den Vorsitzenden diesen TOP künftig in der städtischen Deputation aufzurufen. In der spontan anschließenden Diskussion zu diesem Thema verdeutlicht Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt das derzeit ein gut aufgestelltes Netzwerk aus ÖGD, Bundeswehr, ehrenamtlichen Ärzten und HBKG die Versorgung sicherstellt. Energisch tritt sie Meinungen entgegen, dass die Flüchtlinge alle krank seien. Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge ist vergleichbar mit dem der übrigen Bevölkerung. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen) bestätigt diese Einschätzung und verweist auf einen entsprechenden Bericht aus dem Ärzteblatt. Herr Erlanson (Die Linke) möchte wissen, ob es vermehrt zu Abrechnungsschwierigkeiten mit den Krankenhäusern kommt und ob neben TBC auch andere Krankheiten in der Untersuchung der Flüchtlinge mit in den Blick genommen werden? Herr Zimmer (HBKG) verweist auf das Bremer Modell der Kostenabrechnung über die Gesundheitskarte für Flüchtlinge und betont, dass Bremen dort besser aufgestellt sei als die meisten übrigen Bundesländer. Natürlich kommt es darüber hinaus immer mal wieder in Einzelfällen zu Schwierigkeiten in der Abrechnung aber dies ist dann kein systematischer Fehler im System sondern diese gibt es dann überall gleich verteilt. Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ergänzt, dass ihr nur ein Problem im KBN bekannt sei, da die nds. Flüchtlinge eigentlich vertraglich im Krankenhaus in Osterholz behandelt werden sollten, vermehrt jedoch im KBN behandelt werden. Durch gezielte Ansprache und Kommunikation mit der angrenzenden Kommune wird dieses Problem aber bearbeitet. Darüber hinaus seien natürlich auch andere Krankheitsbilder wie HEP A, Masern, Mumps oder auch Windpocken Gegenstand in den ärztlichen Sprechstunden.

Vorsitzender

Protokollführer

Die Senatorin für Wissenschaft,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel.: 361-9540
Fax: 496-9540

S-4

E-mail: michaela.brandjen@gesundheit.bremen.de

Auflistung der abzuarbeitenden Berichtsbitten / Aufträge bzw. der Beschlüsse aus den Sitzungen der Bürgerschaft sowie der staatlichen und der städtischen Deputation für Gesundheit (19. Legislaturperiode)

Stand: 19.10.2015

Lfd. Nr.	Auftrag	aus der Sitzung .../ vom	vorzulegen zur Sitzung am / aktueller Bearbeitungsstand	Zuständig	Bearbeitungsstand
1.	Folgeauftrag Bericht zum SpSD/Krisendienst (Vorlage Herr Mosch)	10.07.2014	November 2015	41	
2.	Organisation der Behörde für Verbraucherschutz	FDP, Herr Dr. Dr. Buhler	05.11.2015	42	